

## **Angela Merkels Hörtetest: Mit Leidenschaft realistisch**

**von Reiner Bernstein<sup>1</sup>**

2015 finden aus Anlass des ersten Botschafteraustausches zwischen der damaligen Bundesrepublik und dem Staat Israel vor 50 Jahren zahlreiche Veranstaltungen statt. Dabei werden auch die persönlichen und politischen Beziehungen der Regierungschefs beleuchtet werden.

Hierzu hat Nico Fried in der „Süddeutschen Zeitung“ am 24. Januar mit der Überschrift „Aus Leidenschaft“ über Angela Merkel einen nüchternen Beitrag geschrieben, wobei er einen erheblichen Teil der Sozialisation der jungen Frau in der DDR widmet. Dieses Vorgehen ist schon deshalb interessant, weil der Rückblick verstehen lässt, wie die Kanzlerin „tickt“ – 25 Jahre nach 1989 und im 10. Jahr ihrer Regierung.

Sollte sich Merkels politisches Credo zu Benjamin Netanjahu tatsächlich in dem Satz „Wir sind uns einig, uns nicht einig zu sein“ zusammenfassen lassen, wäre vieles bei der für ihren Pragmatismus bekannten Kanzlerin aus dem Lot. Denn Netanjahu lässt mit seiner extremistisch-reaktionären Entourage von Lieberman bis Bennett nichts unversucht, die deutsche Israel-Politik ständig vor sich herzutreiben. Beunruhigend sind bei der Kanzlerin darüber hinaus

– eine Faszination für Israel, ohne zu entscheiden, wen und was damit gemeint ist: das politische Establishment oder jene Friedens- und auf politischen Ausgleich bedachten Gruppen, die ihren Staat vor dem endgültigen moralischen Bankrott bewahren wollen Die

---

<sup>1</sup> Abgeschlossen am 26. Januar 2015. Der Beitrag ist eine erste Skizze einer größeren Arbeit unter Fragestellungen, warum und woran die internationale Diplomatie an der Mitwirkung bei einer Friedensregelung zwischen Israel und den Palästinensern bislang gescheitert ist.

Abhängigkeiten zwischen den Trägern der Justiz und des Militärs in den palästinensischen Gebieten sowie die Schere zwischen Recht und Gerechtigkeit springen ins Auge. Hinzu kommen die ungeklärte Definition Israels zu Lasten der Staatsbürger arabischer Volkszugehörigkeit (im jüdischen Narrativ „Araber Israels“ genannt) und die Neigung, den Staat von einem modern-säkularen zu einem religiös-nationalistisches Gemeinwesen zu verschieben. Dass heute mehr als 20.000 Israelis allein in Berlin leben, sollte zu denken geben. Einer Umfrage zufolge verfügen 59 Prozent über eine zweite Staatsbürgerschaft oder bemühen sich darum.

- die Ausstrahlung der „sozialistischen Elemente wie die Kibbuz-Bewegung“ (Nico Fried) auf eine Frau, die den Staatssozialismus der Ulbrichts und Honeckers erlebt hat, aber darüber hinwegsieht, dass die Kibbuzim neben der Gewerkschaft (sie war auch der größte Arbeitgeber) die wichtigste Institution während der britischen Mandatszeit für den Staatsaufbau waren, der seit den 1930er Jahren auf die arabische Mehrheit keine Rücksicht nahm;
- das Lob für einen mehrmonatigen Siedlungsstopp, der Ost-Jerusalem nicht einschloss und allen nicht-staatlichen Verbänden und Stiftungen freie Hand ließ;
- die Zustimmung zur Lieferung von vier deutschen Korvetten für den Schutz von Öl- und Gasbohrungen im Mittelmeer, die mit der militärstrategischen Sicherheit Israels nichts zu tun haben. Zeev Maoz, einer der führenden israelischen Politologen, hatte schon vor Jahren den Eindruck gewonnen, dass viele Grundlagen der Sicherheits- und außenpolitischen Doktrinen zu religiöse Prinzipien geworden seien. Der Staat Israel könne nicht ewig durch sein Schwert überleben und die Rolle als Opfer spielen.

Das fast halbe Jahrhundert der Besatzung hat Israels demokratischen Anspruch ausgehöhlt, obwohl seine Sicherheit und

sein Frieden ohne Sicherheit und Frieden für die Palästinenser chancenlos sind. Daraus hat Israels Staatspräsident Reuven Rivlin die Idee der vollkommenen Rechtsgleichheit aller Bewohner zwischen Mittelmeer und Jordan abgeleitet, während eine politische Weggefährtin Netanjahus, die für seine Partei nach dem 17. März in die Knesset einziehen wird, auf über 300 Seiten gerade die These vertreten hat, dass Israels Anspruch auf die territoriale Souveränität bis zum Jordan dem internationalen Recht gemäß sei – wobei volle bürgerliche und politische Rechte der palästinensischen Bevölkerung ausscheiden, doch ihr die israelische Staatsbürgerschaft offenstehen soll.

Mit anderen Worten: Die ständig bemühte Angst vor dem „demographischen Faktor“ – die Überwältigung der jüdischen Bevölkerung durch die arabischen Geburtenüberschüsse (die „Fruchtbarkeitshysterie“) – soll plötzlich keine Rolle mehr spielen, obwohl die Autorin keinen Zweifel daran lässt, dass die Palästinenser die Israelis hassen und auf deren Vernichtung abzielen.

Wenn die Bundesregierung ernstlich an der Option zweier Staaten festhalten würde, hätte sie sich bei den Vereinten Nationen um die volle Anerkennung Palästinas verwendet. Nachdem die Hoffnung geschwunden ist, dass künftige Verhandlungen aufgrund der politischen und strategischen Asymmetrie beider Seiten ebenfalls im Sande verlaufen werden, sollte eine kluge deutsche Politik dabei helfen, dass beide Völker gemeinsam unter Rahmenbedingungen einer verfassungsrechtlichen Neuordnung zu einem Stabilitätsanker in einer Region tiefer territorialer und ideologischer Umbrüche heranwachsen.

-----